F	RESCHII	LISS DES	65 I	Δ NDFSP Δ	RTEITAGES
L	ノレンし・ロレ	ひろろ レレス	UJ. L	AINDLALA	NILHAUL

DER CDU SCHLESWIG-HOLSTEIN

VOM 5. NOVEMBER 2011

KAPITEL 7

ENTWURF WAHLPROGRAMM

DER CDU SCHLESWIG-HOLSTEIN ZUR LANDTAGSWAHL 2012

"VERLÄSSLICHE BILDUNGSPOLITIK FÜR Schleswig-Holstein"

STAND: 11. NOVEMBER 2011

7.1. Aufstieg durch Bildung

Jungen Menschen soll im Rahmen ihrer Fähigkeiten ermöglicht werden, ein selbstständiges und chancenreiches Leben zu führen und für sich und andere Verantwortung zu übernehmen.

Gute Bildung legt das Fundament für unsere Zukunft. Wir gehen dabei von einem ganzheitlichen Menschenbild aus, bei dem jeder Einzelne mit seinen Fähigkeiten im Mittelpunkt steht. Die Teilhabe Aller an Bildung und Ausbildung ist für die CDU ein Gebot der Chancengerechtigkeit. Deshalb ist es unser Ziel, beruflichen und persönlichen Erfolg und Aufstieg durch qualifizierte Bildung zu ermöglichen. Neben einer breiten Allgemeinbildung soll Schule auch Werte vermitteln und zur Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler beitragen. Wir wollen, dass den Schülerinnen und Schülern möglichst vielfältige Anschlussmöglichkeiten für eine fundierte Bildung und Weiterbildung eröffnet werden. Sie sollen zu gesellschaftsprägenden, an Kultur, Ethik und Religion interessierten Menschen werden. Sie entwickeln Lebensfreude und Motivation ihren europäischen und globalen Lebensraum im Sinne der Nachhaltigkeit verantwortlich mitzugestalten.

Unsere Kernziele für gute Bildung:

- Im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik stehen die Schülerinnen und Schüler. Sie sollen Freude am Unterricht haben, Begeisterung fürs Lernen entwickeln und möglichst früh entsprechend ihrer Fähigkeiten gefördert und gefordert werden. Bei der Förderung behinderter Kinder steht die Individualität eines jeden Kindes im Mittelpunkt. Kinder mit Migrationshintergrund müssen sich besser integrieren können. Am Ende der Grundschulzeit müssen Kinder lesen können. Sprachbildung muss durchgängiges Unterrichtsprinzip sein. Wir wollen, dass die Schülerinnen und Schüler einen Abschluss erreichen und einen Ausbildungsplatz, einen Studienplatz oder einen weiterführenden Schulplatz finden.
- Wir setzen uns für vorschulische Bildung, gute Unterrichtsversorgung und eine hohe Qualität des Unterrichts ein. Erzieherinnen und Erzieher, Lehrkräfte, Eltern und Kinder in Kindertagesstätten und Schulen sollen eng zusammenarbeiten. Wir setzen uns für eine fundierte fachliche und praxisorientierte Erzieher- und Lehreraus- und -fortbildung ein. Die Schulsozialarbeit wollen wir weiter ausbauen, insbesondere an sozialen Brennpunkten.
- Qualität hat Vorrang: Deswegen setzen wir uns ein für eine Kontinuität der von Gymnasien und Regional- und Gemeinschaftsschulen geprägten Schulstrukturen. Wir wollen Ganztagesangebote weiter ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass Schulabschlüsse und Leistungsnachweise bundesweit vergleichbar werden.

Der demografische Wandel stellt unsere Gesellschaft insgesamt vor große Aufgaben. Das gilt ganz besonders für die Bildungspolitik. Die Schülerzahlen werden regional unterschiedlich sinken. Für unsere Schulen heißt das ganz konkret: Im Jahr 2020 gibt es in Schleswig-Holstein 56.000 Schulkinder weniger. Das bedeutet, dass es in zehn Jahren bei durchschnittlich 25 Kindern pro Klasse rechnerisch 2.500 Schulklassen weniger geben wird.

Unsere Bildungspolitik muss sich deshalb neuen Entwicklungen und Herausforderungen stellen, um unser Schulsystem für die kommenden Jahrzehnte leistungsfähig zu erhalten:

- 1. Wir wollen in erreichbarer Nähe alle Bildungsabschlüsse vorhalten.
- Wir wollen, dass unsere Schulabsolventen in allen Regionen, sowohl im nationalen als auch
 im internationalen Vergleich, bestehen.

Die CDU stellt sich diesen Herausforderungen offensiv. Dafür gilt es, pragmatische Lösungen zu finden. Die Landespolitik wird Rahmenbedingungen schaffen, um auf diese Herausforderungen passende Lösungen vor Ort zu finden.

7.1.1 FRÜHKINDLICHE BILDUNG UND GRUNDSCHULE ALS EINHEIT SEHEN

Geburtenrückgang und Überalterung der Gesellschaft sind eine fortschreitende Entwicklung und verändern das Geschlechter- und Generationenverhältnis. Sie fordern auch die Bildungssysteme heraus. Gesellschaftliche und familiäre Strukturveränderungen und daraus resultierende Herausforderungen veranlassen die CDU Schleswig-Holstein, neue Bildungskonzepte in der frühkindlichen Bildung zu entwickeln. Nach unserer Auffassung stellt Bildung einen sozialen Prozess dar, der von Eltern und Familien sowie Fach- und Lehrkräften gestaltet wird. Ein solches Verständnis von Bildung stellt das Kind in seiner individuellen Entwicklung in den Mittelpunkt, nicht mehr die jeweilige Institution. Folglich ist zu hinterfragen, ob die Organisation des derzeitigen Bildungsverlaufs mit den klassisch gewachsenen Einrichtungen Kita und Grundschule den Anforderungen moderner Bildung gerecht wird. Kindertagesstätten und Grundschulen sollen zukünftig als eine Einheit betrachtet werden. Die CDU führt hierfür die Bezeichnung Primarbereich ein und wird einen Bildungsleitfaden erstellen, an dem sich sowohl Erzieherinnen und Erzieher, Tagespflegepersonal, Lehrkräfte und auch Eltern orientieren können. Er soll eine Hilfe für die Erziehung und Bildung von Kindern sein.

Der Primarbereich legt das Fundament für den Bildungserfolg unserer Kinder.

10065 Ziele hierbei sind:

10070

10071

10072

10073

10074

10075

10076

10077

10078

10079

10080

10081

10082

10083

10084

10085

10086

10087

10088

10089

10090

10091

10092

10093

10094

10095

- Jedes Kind soll in seiner Persönlichkeit, seiner Entwicklung und seinen individuellen Lern voraussetzungen begleitet werden. Elternhaus, Krippe, Kita und Grundschule arbeiten ko operierend. Hierdurch erhalten die Kleinsten bis zur Beendigung der Grundschule eine
 kontinuierliche Bildungsbiografie.
 - Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte arbeiten Hand in Hand, verzahnen ihre Bildungsangebote und verfolgen gemeinsam Bildungsziele. Zu einer verbesserten Teamentwicklung tragen auch gemeinsame Fortbildungen von Erzieherinnen und Erziehern sowie Lehrkräften bei.
 - Qualifizierte Fachkräfte leisten eine wichtige Arbeit in unserer Gesellschaft. Die sich verändernden Anforderungen an das Bildungssystem müssen Eingang finden in die Ausbildung der Fachkräfte. Der Primarbereich muss auch für männliche Pädagogen attraktiver gestaltet werden.
 - Es ist zunehmend erforderlich, auf den kulturellen und sozialen Hintergrund der Kinder einzugehen. Hierbei ist die Sprachentwicklung ein zentrales Thema. Deshalb muss Sprachbildung ein durchgängiges Prinzip sein. Eine intensive Bildungs- und Erziehungspartnerschaft mit dem Elternhaus schafft Voraussetzungen für gegenseitiges Verständnis und gibt Hilfestellung. Davon sollen die Kinder profitieren.
 - Ein gesundes System braucht eine solide Finanzierung. Das Geflecht der Vielzahl der Finanzierer und Zuschussgeber verhindert eine Transparenz der Finanzierungsströme und -anteile. Eine durchgängige Finanzierung würde Klarheit schaffen und insbesondere den Verwaltungsaufwand auf mehreren Ebenen enorm reduzieren. Wir benötigen eine landesweit einheitliche Sozialstaffel, mit dem Ziel möglichst vielen Kindern unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern den Besuch einer KiTa zu ermöglichen.

Grundschule

 Die CDU hat durchgesetzt, dass in der Schuleingangsuntersuchung eine Bewertung des Sprachstandes aller Kinder erfolgt. Bei festgestellten Defiziten erhalten die Kinder eine Sprachintensivförderung. Durch die landesweite Erteilung des Fachunterrichts in Englisch in der 3. und 4. Klasse erleichtern wir den Spracherwerb und verbessern die Unterrichtsqualität. Wir stellen erstmalig Mittel für die Schulsozialarbeit an den Grundschulen zur Verfügung, um bereits in den ersten Jahren Erziehungsproblemen entgegenwirken zu können. Die CDU will in erreichbarer Nähe ein Angebot an Grundschulen gewährleisten, daher haben wir den Schulträgern die Möglichkeit gegeben, auch wieder Grundschulverbände bilden zu können. Sowohl mit dem Kindertagesstättengesetz als auch mit dem Schulgesetz haben wir die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, durch einen reibungslosen Übergang von den Kindertagesstätten auf die Schulen von Beginn an individuelle Fördermöglichkeiten zu nutzen.

- Die Grundschule schafft die Lernvoraussetzungen für die weiterführenden Schulen. Dazu brauchen die Kinder eine Einschätzung ihrer Leistungen und ihres Wissens. Sie wollen wissen, wo sie stehen. Deshalb halten wir unsere Forderung nach Leistungszeugnissen aufrecht.
- Einhergehend mit der Einführung von Standards für sonderpädagogischen Förderbedarf sollen Förderzentren für alle Förderbereiche ab der 1. Klasse für eine bestmögliche Förderung sorgen. Dies setzt eine Professionalisierung zur Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf voraus.

7.1.2 KONTINUITÄT DER SCHULSTRUKTUREN

Die Schulen in Schleswig-Holstein müssen die Möglichkeit haben, ihre jetzt erarbeiteten Konzepte auch zu leben. Das heißt für uns: Wir stehen für die Kontinuität der jetzt erreichten Schulstrukturen mit den beiden Säulen Gymnasium und Regional- und Gemeinschaftsschulen. Wir wollen uns auf die Inhalte von Unterricht und Lehrplänen konzentrieren und die Lehrerausbildung an den Bedürfnissen der Schularten ausrichten.

7.1.3 SELBSTSTÄNDIGE SCHULE

Die CDU Schleswig-Holstein ist davon überzeugt, dass unsere Schulen am besten einschätzen können, wie ihre Schülerinnen und Schüler eine optimale Förderung erhalten und wie diese an ihrer Schule erfolgreich umgesetzt werden kann. Die Einführung der Selbstständigen Schule ist deshalb ein richtiger Schritt. Wir wollen, dass Schulen Unterricht, Erziehung und Schulleben eigenverantwortlich weiterentwickeln. Insbesondere in den Handlungsfeldern Unterrichts- und Schulentwicklung sowie Organisation werden wir den Schulen mehr Gestaltungsräume geben. Dazu gehört ein System der Qualitätssicherung, das eine interne und externe Evaluation umfasst.

10127 10128 10129	 Wir haben die ersten Schritte zum Bürokratieabbau gemacht, indem z.B. das Ineffiziente Evaluierungsinstrument EVIT und die prophylaktischen Prüfungen an den Schulen eingestellt wurden. 				
10130 10131 10132	 Mit dem neuen Schulgesetz entscheiden die Schulen selbstverantwortlich über den Einsatz von Lernplänen, die Gestaltung von Zeugnissen und die Unterrichtsorganisation oder die Durchführung des jahrgangsübergreifenden Unterrichtes. 				
10133 10134	Zukünftig legen die Schulen in ihren Schulprogrammen verbindlich die pädagogische und organisatorische Ausrichtung ihrer Schule fest.				
10135 10136	 Die Möglichkeit der Wiederholung von Klassenstufen soll erweitert werden und in der Kompetenz der Klassenkonferenzen liegen. 				
10137 10138	 Mittel für Weiterbildung und Ermäßigungsstunden sollen von den Schulen selbst verwaltet werden. 				
10139 10140	• Schulleitungen sollen bei der Personalplanung und –zuweisung besser eingebunden werden.				
10141	Unter Einbindung der Schulaufsicht wird ein System zur Qualitätssicherung erarbeitet.				
10142 10143	 Um gute Beispiele zu unterstützen, wollen wir einen Schulpreis "Selbstständige Schule" ausschreiben. 				
10144					
10145					
10146 10147 10148	7.1.4 GYMNASIUM UND REGIONAL- UND GEMEINSCHAFTSSCHULE - FESTE BESTANDTEILE IN UNSERER BILDUNGSLANDSCHAFT				
10149	Gymnasium				
10150	Die Gymnasien sind eine tragende Säule unseres Bildungssystems. Unsere Abiturientinnen und				
10151	Abiturienten sollen im nationalen und internationalen Vergleich bestehen können.				
10152	Deshalb sorgt die CDU auch weiterhin dafür, dass das Gymnasium als fester Bestandteil in unserer				
10153	Bildungslandschaft erhalten bleibt.				

Wir treten ein für den G8-Bildungsgang an den Gymnasien. Neben der Tatsache, dass Schülerinnen und Schüler durch eine verkürzte Schulzeit eher ins Berufsleben starten können, ist in allen deutschen Bundesländern und auch in den europäischen Staaten das Abitur nach acht Jahren Standard.

Durch die Korrekturen an der verfehlten Umsetzung des G8-Bildungsgangs durch die SPD haben wir jetzt die Weichen zu dessen Erfolg gestellt. Die Unterrichtsbelastung in der Orientierungsstufe wurde so verringert, dass die Ganztagsbeschulung auf einen Tag in der Woche reduziert werden kann. Die G8-Gymnasien sind in die Förderung durch das Ganztagsschulprogramm aufgenommen worden. Darüber hinaus haben wir für das Schuljahr 2010/11 180 zusätzliche Planstellen für Gymnasien bereitgestellt. So werden Doppelbesetzungen für eine intensive Förderung im Unterricht ermöglicht.

- Die genannten Maßnahmen führen insgesamt dazu, dass die Schülerinnen und Schüler im Durchschnitt 32 Wochenstunden Unterricht haben werden. Für die Oberstufe wurde die Unterrichtsbelastung gesenkt. Neben den verpflichtenden Profil gebenden Fächern gibt es eine größere Wahlfreiheit. Deren Ausgestaltung ist Aufgabe der Schule.
- Die Anzahl der Prüfungsfächer im Abitur wurde auf vier verpflichtende Prüfungsfächer reduziert.
 Ein fünftes Prüfungsfach ist wahlweise möglich.
- 10172 Die CDU wird:
- das Gymnasium weiter stärken. Das Gymnasium bleibt der Ort, an dem Schülerinnen und
 Schüler in einem durchgängigen Bildungsgang durch eine vertiefte allgemeine Bildung auf
 den Besuch einer Hochschule vorbereitet werden,
 - die Studierfähigkeit unserer Gymnasiastinnen und Gymnasiasten generell erhöhen und Studienabbrüchen erfolgreich entgegenwirken,
 - sich dafür einsetzen, dass auch in G8 Auslandsschuljahre anerkannt werden können.

Regional- und Gemeinschaftsschule

Nach den massiven Umstrukturierungen unserer Schullandschaft brauchen unsere Schulen Zeit und Ruhe, um vernünftig arbeiten zu können. Regional- und Gemeinschaftsschulen sollen langfristig zu einer Schulart zusammenwachsen, mit dem Ziel, dass die Schülerinnen und Schüler die Chance haben, alle Schulartabschlüsse zu erreichen.

Für die Weiterentwicklung haben wir den Schulen weniger zentrale Vorgaben vorgeschrieben. Die bestehenden Regionalschulen und Gemeinschaftsschulen haben größere organisatorische Freiheit vor Ort und mehr pädagogische Differenzierungsmöglichkeiten. Den unterschiedlichen Leistungsfähigkeiten der Schülerinnen und Schülern kann sowohl durch Unterricht in binnendifferenzierter Form als auch in Leistungsgruppen sowie in abschlussbezogenen Klassen entsprochen werden.

- An den Regional- und Gemeinschaftsschulen soll die Einrichtung einer Oberstufe geprüft werden, wenn für diese Oberstufe mindestens eine Zweizügigkeit dauerhaft gewährleistet ist. Dabei ist Voraussetzung, dass bereits bestehende Oberstufen an Gymnasien und berufsbildenden Schulen keine ausreichenden Kapazitäten haben, um diese Schülerinnen und Schüler aufzunehmen.
- Der Übergang von einer Regional- und Gemeinschaftsschule in die Oberstufe eines Gymnasiums oder einer beruflichen Schule ist reibungsloser zu gestalten.

7.1.5 BERUFLICHE SCHULEN LAUFEND MODERNISIEREN UND NOCH FLEXIBLER MACHEN

Die Beruflichen Schulen als Brücke zu höherwertigen Schulabschlüssen, zum Arbeitsmarkt und direkter Partner der ausbildenden Wirtschaft. Sie müssen deswegen auf dem technisch neuesten Stand sein und den Schülerinnen und Schülern moderne Lernbedingungen vorhalten und laufend erneuert werden. Um regionale Besonderheiten besser in die Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen einbeziehen zu können, wird ihre Eigenständigkeit und Selbstverantwortung weiter ausgebaut. Als regionale Berufsbildungszentren eröffnen sich ihnen neue Wege, in Abstimmung mit regionalen Partnern bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote zu gestalten.

Dabei ist die Wirtschaft einer der wichtigsten Kooperationspartner.

7.1.6 BERUFLICHE GYMNASIEN ALS OBERSTUFE DER SCHULEN DES SEKUNDARBEREICHS I

Die Oberstufen der beruflichen Schulen erweitern mit alternativen Profilen die Möglichkeiten, das Abitur zu erreichen und sind damit eine Ergänzung der Oberstufen an den Gymnasien. Dieser Weg zum Abitur ist bei den leistungsstarken Schulabgängern mit mittlerem Bildungsabschluss und deren Eltern sehr beliebt und ist eine willkommene Alternative zu den achtjährigen Gymnasien und dem Abitur nach 12 Jahren. Er sichert die Durchlässigkeit des gesamten Schulsystems und wird auch in der Wirtschaft sehr geschätzt. Rund 30% der Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein legen derzeit ihr Abitur an den beruflichen Gymnasien ab. Zudem bieten sie mit ihren vielfältigen Bildungsgängen flexible und durchlässige Wege zu allen Bildungsabschlüssen. Über

diese Möglichkeiten sollen die Eltern beim Übergang der Schüler von der Grundschule in die Sekundarstufe I rechtzeitig und umfassend informiert werden. Die Zahl der Klassen am Beruflichen Gymnasium und die angebotenen Fachrichtungen werden deswegen bedarfsgerecht schrittweise erhöht.

Fit machen für Europa

Auch in den Beruflichen Schulen müssen die Schülerinnen und Schüler letztlich für den europäischen Arbeitsmarkt fit gemacht werden. Dazu gehören sowohl mehr bilinguale Unterrichtsangebote und mehr Sprachunterricht (z.B. Dänisch) als auch die Ausweitung des Lehrlingsaustausches und der Zahl der Auslandspraktika. Mittelfristiges Ziel ist es, den Lehrlingsaustausch zu verdoppeln. Darüber hinaus werden mehr grenzüberschreitende Bildungsgänge (z.B. mit DK) entwickelt. Ein Auslandsaufenthalt in der Lehrerausbildung soll ermöglicht werden.

7.1.7 SCHULAUFSICHT NEU STRUKTURIEREN

Die CDU setzt sich für den Abbau von doppelten Strukturen in der Schulaufsicht ein. Die obere Schulaufsicht für die schulamtsgebundenen Schulen entfällt, die Kompetenzen werden auf die Schulämter übertragen, die zukünftig als Verbindungsstellen zwischen Ministerium, den Schulen und der Elternschaft agieren und so die Aufgaben der Schulaufsicht bürger- und schulnah wahrnehmen.

Obere Schulaufsicht beschränkt sich auf die Aufsicht beruflicher Schulen und der Gymnasien sowie darauf, grundsätzliche Leitlinien zur Schulentwicklung und Qualitätsverbesserung an Schulen zu entwickeln, umzusetzen und die Schulämter in dienstrechtlichen Fragen zu beraten.

7.1.8 BILDUNG UND WIRTSCHAFT – EIN MODELL FÜR DIE ZUKUNFT

Junge Menschen brauchen Lebenschancen und die Wirtschaft braucht gut ausgebildete Nachwuchskräfte. Um die Ausbildungsreife der Schulabgänger sicherzustellen und allen jungen Menschen eine Berufsausbildung zu ermöglichen, muss die Berufsorientierung zugleich Lebensorientierung sein, in das gesamte Unterrichtsgeschehen ab Klasse 7 integriert sein und konzeptionell verbessert werden. Darüber hinaus müssen die allgemein bildenden und die berufsbildenden Schulen systematisch zusammenarbeiten. Von der Möglichkeit der Teilqualifizierung und der gestuften

Ausbildung soll stärker Gebrauch gemacht werden. Mit mehr individueller Betreuung und Förderung soll der Anteil der Berufsausbildungsabbrecher mittelfristig halbiert werden. Hierzu wird die Schulsozialarbeit an den Beruflichen Schulen ausgebaut und die Sprachförderung für Migranten durch Sprachkurse an den Beruflichen Schulen erweitert. Die bewährten Ausbildungsgänge an den Berufsfachschulen werden bedarfsgerecht ausgebaut.

7.1.9 SCHULEN IN FREIER TRÄGERSCHAFT BEREICHERN UNSER BILDUNGSSYSTEM

Die CDU Schleswig-Holstein misst den Schulen in freier Trägerschaft eine hohe Bedeutung zu. Wir verstehen unsere Privatschulen nicht als Konkurrenz zu den staatlichen Schulen, sondern sehen in ihnen eine Bereicherung des Bildungsangebotes in unserem Land.

Wir haben erreicht, dass die Wartefrist bis zum Einsetzen der staatlichen Bezuschussung für Schulen in freier Trägerschaft auf zwei Jahre verkürzt wird. Ferner haben wir erwirkt, dass es keine Zuschusskürzung für die Schuljahre 2011/2012 und 2012/2013 geben wird.

- Wir werden uns auch in Zukunft für die Unterstützung und Förderung der Schulen in freier Trägerschaft einsetzen.
- Die CDU Schleswig-Holstein tritt für ein überarbeitetes und transparentes Finanzhilfesystem ein.

7.1.10 GANZTAGSSCHULE: VERLÄSSLICHER RAHMEN FÜR KINDER UND ELTERN

Eine ganztägige Betreuung eröffnet allen Schülerinnen und Schülern die Chance, sich mithilfe eines differenzierten Bildungs- und Erziehungsangebots in ihrer Persönlichkeit und in ihren Fähigkeiten weiterzuentwickeln. Ganztagsschulen geben Eltern und Kindern einen verlässlichen Rahmen, durch den Schule eine andere pädagogische Qualität erhält. Damit mehr Schülerinnen und Schüler von diesem Angebot profitieren können, wurden mit der CDU die Betriebskostenzuschüsse für Offene Ganztagsschulen auf 19,8 Millionen Euro erhöht.

Die Bevorzugung einzelner Schularten haben wir beendet. Das Ganztagsschulprogramm ist auch auf die Gymnasien ausgeweitet worden.

10277 Inzwischen gibt es 15 gebundene Ganztagsschulen in Schleswig-Holstein.

- 10278 Es soll an allen Schularten in zumutbarer Entfernung ein echtes Ganztagsangebot entwi-10279 ckelt werden, das über die reine Betreuung der Kinder nach Unterrichtsschluss hinausgeht. 10280 • Für die Einführung von weiteren Ganztagsschulen fordern wir ein pädagogisches Konzept. 10281 Die Ganztagsschulen sollen lokal eng mit vorhandenen Verbandsstrukturen und Einrich-10282 tungen der Jugendhilfe zusammenarbeiten. 10283 7.1.11 SCHULSOZIALARBEIT -10284 EINE ANTWORT AUF DIE HERAUSFORDERUNGEN IN UNSEREN SCHULEN 10285 Gesellschaftliche Fehlentwicklungen stellen uns vor die Herausforderung, vermehrt Erziehungs-10286 probleme in den Schulen aufzufangen. Daher hat die CDU-geführte Landesregierung erstmalig 10287 Mittel für die Schulsozialarbeit in den Grundschulen bereitgestellt. Darüber hinaus setzen wir uns 10288 für die Schulsozialarbeit an allen Schulen ein. Dabei unterstützt uns die Bundesregierung mit er-10289 heblichen Mitteln. 10290 10291 7.1.12 TEILHABE DURCH BILDUNG UND INKLUSION 10292 Bei der Förderung von Kindern mit Behinderung leitet uns das Ziel uneingeschränkter Teilhabe 10293 (Inklusion). Dabei steht die Individualität eines jeden Kindes im Mittelpunkt. Daran muss sich die 10294 Förderung orientieren. Die Heilpädagogischen Kindertagesstätten und die Förderzentren über-10295 nehmen die wichtige Aufgabe, den speziellen Bedürfnissen von Kindern mit Behinderung sowohl 10296 integrativ als auch als eigener Lernort gerecht zu werden. 10297 Wir setzen die Forderungen der UN-Behindertenkonvention im Sinne der Schülerinnen und Schü-10298 ler mit Behinderung um. Inzwischen werden in Schleswig-Holstein rund 50% der Kinder und Ju-10299 gendlichen mit Behinderung integrativ in Kindertagesstätten und Regelschulen betreut und be-10300 schult. Das Prinzip der Inklusion wurde im Schulgesetz verankert. 10301 Die CDU setzt sich dafür ein: 10302 • die Arbeit in den heilpädagogischen Kindertagesstätten fortzuführen;
 - dass Förderzentren auch weiterhin Lernorte für Kinder mit Behinderung sind, die die intensive Förderung durch Sonderpädagogen in der Kleingruppe bieten. Darüber hinaus sollen

• die integrative Betreuung und Beschulung in Kindertagesstätten und Schulen weiter zu un-

10303

10304

10305

10306

terstützen;

die Förderzentren in Zusammenarbeit mit den Regelschulen Modelle für Kompetenzzentren entwickeln, in denen Kinder mit und ohne Behinderung beschult werden.

7.1.13 HOCHBEGABTEN EINE CHANCE GEBEN

- Jedes Kind hat ein Recht darauf, seinen Begabungen entsprechend gefördert zu werden; deshalb umfasst das Prinzip der individuellen Förderung für die CDU Schleswig-Holstein auch die Förderung von hochbegabten Kindern.
- In dieser Legislaturperiode wurde die Hochbegabtenförderung in erheblichem Maße ausgebaut. Es stehen Kompetenzzentren zwischen Kita und Grundschule zur Verfügung und in jeder Region gibt es ein Gymnasium, das sich der Hochbegabtenförderung annimmt. Auch die Mittel im Haushalt für diese Maßnahmen wurden deutlich erhöht. Die Hochbegabtenförderung wurde ins Schulgesetz aufgenommen.
 - Die CDU setzt sich dafür ein, dass im gesamten Land "Hochbegabtenklassen" und "Kompetenzzentren zur Hochbegabtenförderung" schrittweise eingeführt werden.
 - Einhergehen müssen diese Maßnahmen mit der entsprechenden Aus- und Fortbildung unseres Lehrpersonals. An jeder Grundschule muss es eine speziell ausgebildete Diagnostik-Fachkraft für Hochbegabung geben.

In den nächsten Jahren soll außerdem die Zusammenarbeit in der Hochbegabtenförderung zwischen den Schulen und Universitäten in Schleswig-Holstein ausgebaut werden.

7.1.14 LEBENSLANGES LERNEN IST WICHTIGER DENN JE

Um das lebenslange Lernen zu fördern, werden an den Schulen die Aus-, Fort- und Weiterbildung besser verzahnt, die Fachschulangebote erweitert und das Nachholen von Berufsabschlüssen stärker als bisher ermöglicht. Dazu gehört auch, dass die Anschlüsse verbessert und erworbene Vorkenntnisse und Kompetenzen systematisch auf ein Hochschulstudium angerechnet werden. Das erfolgreiche triale Modell (Betrieb-Berufsschule-Hochschule) wird ausgebaut und auf weitere geeignete Ausbildungsberufe übertragen. Auch soll die Doppelqualifizierung Abitur plus Berufsausbildung in dafür geeigneten Berufen eingeführt werden.

10336 7.1.15 KONFESSIONELLEN RELIGIONSUNTERRICHT STÄRKEN 10337 Die CDU wird auch weiterhin daran arbeiten, den konfessionellen Religionsunterricht an den Schu-10338 len zu stärken. Dazu gehört insbesondere, dass für diesen Unterricht ausreichend und qualifizierte 10339 Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Islamische Schülerinnen und Schüler sollen im deutschsprachi-10340 gen Islamunterricht die Möglichkeit erhalten, ihre Religion näher kennenzulernen. 10341 Die Zusammenarbeit zwischen den Kirchen und der Landesregierung in Fragen des Religionsunter-10342 richtes ist zu stärken, um Projekte und Aufgaben gemeinsam umzusetzen. 10343 7.1.16 LEHRKRÄFTE STÄRKER DUAL AUSBILDEN UND LAUFEND FORTBILDEN 10344 10345 Guten Unterricht kann es nur mit einer fundierten Lehrerausbildung geben. Wir wollen die anste-10346 hende Reform der Lehrerausbildung dafür nutzen, verstärkt Praxisinhalte schon in die Anfangspha-10347 se des Studiums mit aufzunehmen. 10348 Zukünftig gibt es ein Lehramt für Grundschullehrer, ein Lehramt für Regional- und Gemeinschafts-10349 schullehrer, ein Lehramt Sonderpädagogik und eines für die beruflichen Schulen.. Wir setzen wei-10350 terhin auf eine eigenständige Ausbildung von Gymnasiallehrern. 10351 Wir wollen sicherstellen, dass Lehrkräfte sich fachlich und pädagogisch regelmäßig fort- und wei-10352 terbilden. Dabei ist darauf zu achten, die Fort- und Weiterbildung der Lehrer in der unterrichtsfrei-10353 en Zeit durchzuführen. Die Fortbildung muss für alle Lehrkräfte verpflichtend gemacht und als Teil 10354 ihres Dienstes anerkannt werden. 10355 Die Qualität der Lehrerausbildung an der Universität wird gesichert, die Schulpraxis während des 10356 Studiums ausgeweitet und der Vorbereitungsdienst durch mehr Ausbildungsberatung verbessert. 10357 Vor der Aufnahme eines Lehramtsstudiums sollte ein Beratungsgespräch oder ein Eignungstest 10358 stattfinden. Je nach Bedarf werden verstärkt Quer- und Seiteneinstiege ermöglicht. Die Angebote 10359 des IQSH an fachlicher, fachdidaktischer und berufspädagogischer Lehrerfort- und -weiterbildung 10360 werden deutlich ausgeweitet und qualitativ verbessert. 10361 10362

7.1.17 JUNGE MENSCHEN FÜR FORSCHUNG BEGEISTERN

Um bei jungen Menschen sehr frühzeitig die Begeisterung für Forschung zu wecken, insbesondere an den sog. MINT-Fächern, wollen wir die Möglichkeiten des Projektes "Haus der kleinen Forscher" noch stärker nutzen.

Die CDU unterstützt die an schleswig-holsteinischen Schulen fest verankerte Teilnahme am Wettbewerb Jugend forscht; MINT-Inhalte werden wir ressortübergreifend in Partnerschaften von Wirtschaft und Wissenschaft schon in Kindergärten vermitteln und von der Grundschule an noch verstärkter in die Lehrpläne integrieren. Die vom Land SH geförderten Institute IPN und IQSH werden ihre Beiträge liefern.

7.1.18 WISSENSCHAFTS- UND HOCHSCHULSTANDORTE STÄRKEN (RZ. 350 F.)

Schleswig-Holstein hat trotz großer Sparanstrengungen insbesondere den finanziellen Aufwuchs der Zielvereinbarungen mit den Hochschulen, den Hochschulpakt I und II, die Kofinanzierung der zusätzlichen Studienanfänger durch die Aussetzung der Wehrpflicht sowie den Pakt für Forschung und Innovation vollständig umgesetzt.

Auch im Lichte der Schuldenbremse würde zukünftig ein Verzicht auf Studienanfängerplätze dem Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein insgesamt schaden und das bundesweite Signal aussenden, dass Schleswig-Holstein seine hohen wissenschaftlichen Zielsetzungen nicht finanzieren kann. Wirtschaft und Gesellschaft benötigen aber immer mehr Hochqualifizierte. Die im Bundesvergleich unterdurchschnittliche Anzahl von Studierenden in Schleswig-Holstein darf daher nicht verringert werden.

So benötigt beispielsweise eine auch weiterhin erfolgreiche Exzellenzinitiative nicht nur hervorragende Wissenschaftler, sondern auch ebensolche Studierende. Auch unter veränderten Haushaltsbedingungen wird es daher ein wichtiges Ziel der Hochschulpolitik in Schleswig-Holstein bleiben, an der Entwicklung der Spitzenforschung in Deutschland zu partizipieren, Bundesmittel für Schleswig-Holstein einzuwerben und damit die Exzellenz im Land weiter auszubauen. Um den Hochschulen optimale Voraussetzungen für die Teilnahme an der Exzellenzinitiative zu ermöglichen, hat die CDU-geführte Landesregierung dafür erstmalig Fördermittel bereit gestellt.

Die CDU setzt ihre Politik der Fokussierung auf die Stärken des Landes konsequent fort und konzentriert sich in Wissenschaft und Wirtschaft auf die Weiterentwicklung von Schwerpunktbereichen, die für das Land von hoher Relevanz sind und Alleinstellungsmerkmale aufweisen.

Bildung, Forschung und die Entwicklung innovativer Produkte sind hierbei entscheidend für die Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins. Unsere Hochschulen sind der zentrale Ort zur Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse und zur Ausbildung hochqualifizierter Arbeitskräfte. Die CDU Schleswig-Holstein wird auch in Zukunft dafür sorgen, dass die Hochschulen des Landes ihre wichtige gesamtgesellschaftliche Funktion adäquat wahrnehmen können. Wir stehen zu den drei Universitätsstandorten Flensburg, Kiel und Lübeck. Die Medizinerausbildung an den Standorten Kiel und Lübeck in Verbindung mit dem UKSH werden wir auch künftig erhalten. Die CDU-geführte Landesregierung hat die Ausgaben für den Hochschulbereich in den letzten Jahren deutlich gesteigert und damit zu einer Stärkung des Hochschulstandortes Schleswig-Holstein beigetragen. Weitere strukturelle Verbesserungen sollen zu einem effizienteren Mitteleinsatz, zum Abbau von Doppelstrukturen sowie Redundanzen in Lehre und Forschung führen. Die Erhebung von Studiengebühren ist dabei aber nicht vorgesehen.

SPITZENFORSCHUNG AUSBAUEN

- Die enge Verbindung der Universitäten des Landes mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist ein herausragendes Merkmal der Forschungslandschaft in Schleswig-Holstein und hat sich über viele Jahre bewährt. Dadurch werden Synergien erreicht und die Qualität in der Forschung gesteigert.
- Zu den wesentlichen Forschungsschwerpunkten, die die CDU weiter ausbauen wird, z\u00e4hlen die Life
 Sciences (Medizintechnik, Biomedizin, Biotechnologie), die erneuerbaren Energien, insbesondere
 die Windenergie, und die Meeresforschung.
- Mit der Gründung der Fraunhofer Einrichtung für Marine Biotechnologie (EMB) mit dem Ziel der Gründung eines Fraunhofer Instituts ab dem 1. Januar 2013 beispielsweise ist eine überaus erfolgreiche Geschäftsentwicklung in Gang gesetzt worden, so dass mit den zahlreichen Partnern aus Hochschulen und Industrie ein neues wissenschaftliches und wirtschaftliches Kraftzentrum in der Region Lübeck entstanden ist. Dadurch wird die Region Lübeck auf nationaler und internationaler Ebene wettbewerbsfähiger und zugleich attraktiver für Investitionen und Ausgründungen mit entsprechenden Effekten für Wachstum und Arbeitsplätze.
- Auch die Fraunhofer MEVIS Projektgruppe Bildregistrierung in Lübeck z.B. beschäftigt sich mit einer innovativen, jungen Forschungsdisziplin an der Schnittstelle zwischen Mathematik, Bildverarbeitung, Optimierung, Modellierung und Numerik. Im nationalen Kontext der Bundesrepublik

Deutschland kommt Schleswig-Holstein auf Grund seiner geographischen Lage eine besondere Position zu. Daher wurde das Zentrum für Baltische und Skandinavische Archäologie (ZBSA) gegründet, das als außeruniversitäre Forschungseinrichtung zur Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf gehört und sich mit der archäologischen Forschung im Nord- und Ostseeraum sowie in Skandinavien befasst. Als einziges geisteswissenschaftliches Science-center in Schleswig-Holstein mit bis zu 300.000 Besuchern pro Jahr wird das ZBSA aktuelle Forschungsergebnisse durch Ausstellungen auch zukünftig einem breiten Publikum vorstellen.

Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft weiter befördern

Bereits heute leisten unsere staatlichen und privaten Hochschulen sowie außeruniversitären Einrichtungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes einen bedeutenden Beitrag, der durch sorgfältige und gezielte Innovationsförderung des Wissenschafts- und Wirtschaftsministeriums in der jetzigen Legislaturperiode maßgeblich unterstützt wurde. Unternehmen finden im Austausch mit der Wissenschaft Lösungsmöglichkeiten für betriebliche Herausforderungen und können so die Entwicklung von ersten Ideen zu tatsächlichen Innovationen betreiben.

Die CDU SH wird die Wertschöpfung, die Beschäftigung und den Wohlstand, der sich gerade für unsere Vielzahl klein- und mittelständischer Unternehmen aus der Umsetzung innovativer Produkte und Ideen ergibt, weiterhin aktiv fördern.

Differenzierung des Hochschulsystems weiter vorantreiben

Die Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein ist insgesamt bereits sehr leistungsfähig, vielfältig und differenziert. Das Land hat in den letzten Jahren eine Vielzahl von strukturellen und gesetzlichen Maßnahmen umgesetzt, die zu einer deutlichen Verbesserung der Rahmenbedingungen geführt haben. Das Hochschulgesetz hat u.a. zu mehr Autonomie und Eigenverantwortung der Hochschulen, zur Einführung professioneller Managementstrukturen und zur Flexibilisierung von Personalstrukturen geführt. Die Landesregierung hat den Hochschulzugang erleichtert und den aktuellen Bedürfnissen angepasst. Diesen Weg setzt die Landesregierung mit weiteren Novellierungen des Hochschulgesetzes konsequent fort. So ist ein Schwerpunkt des geplanten Änderungsgesetzes die Nachsteuerung bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses und der Rahmenvorgaben der Kultusministerkonferenz zugunsten der Studierenden. Ein weiterer Regelungsschwerpunkt ist die Förderung der Durchlässigkeit der beruflichen Karrieren und die Flexibilisierung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte.

10458	
10459	Schleswig-Holsteinische Universitäten und Fachhochschulen sind zudem sehr erfolgreich beim
10460	Einwerben von Drittmitteln aus EU-, Bundes- und sonstigen Förderprojekten. In Anlehnung an die
10461	aktuellen Empfehlungen des Wissenschaftsrats werden wir die Differenzierung unseres
10462	Hochschulsystems weiter vorantreiben. Die Hochschulen können sich intensiver auf ihre Stärken
10463	konzentrieren, statt mit ihren begrenzten Ressourcen sämtliche Aufgaben erfüllen zu müssen. Die
10464	verstärkten Differenzierungsbemühungen der Hochschulen werden in der Summe zu einer
10465	verbesserten Wettbewerbsfähigkeit und Sichtbarkeit der schleswig-holsteinischen
10466	Hochschullandschaft führen. Den Ausbau der Universität zu Lübeck zu einer Stiftungsuniversität
10467	wollen wir konstruktiv begleiten.
10468	Hochschulen sind ein entscheidender Faktor für die Attraktivität ihrer Region. Die CDU Schleswig-
10469	Holstein wird den Dialog zwischen Hochschulen und den Entscheidungsträgern ihrer Region
10470	fördern.
10471	Die Werbung von Studierenden stellt ein ganz wesentliches Differenzierungskriterium dar, das
10472	über die Suche nach "den besten Köpfen" hinausgeht. So bedarf es künftig maßgeschneiderter
10473	Angebote für spezifische Zielgruppen, der Ausdifferenzierung der Studienformate für
10474	verschiedene Studierendenprofile wie beispielsweise berufstätige Studierende oder Studierende
10475	mit Kindern.
10476	Die Fachhochschulen wollen wir – auch unter dem Aspekt der Durchgängigkeit des
10477	Bildungssystems – unterstützen, kooperative Promotionen anzubieten. Innerhalb
10478	anwendungsbezogener Forschungsschwerpunkte wird so die Attraktivität unserer
10479	Fachhochschulen gesteigert und an den Universitäten eine Ergänzung zur Grundlagenorientierung
10480	und Erweiterung der Handlungsfelder geschaffen.
10481	Die fortschreitende Differenzierung des Hochschulsystems fordert auch die
10482	Wissenschaftsadministration zu einer intensiven Reflexion über ihre politisch-strategische
10483	Steuerungsfunktion heraus. Daher werden wir das Steuerungsverhältnis zwischen Staat und
10484	Hochschulen entsprechend der Differenzierungserfolge des Hochschulsystems weiterentwickeln.
10485	
10486	7.1.19 BILDUNGSABSCHLÜSSE VERGLEICHBAR MACHEN –
10487	KOOPERATIONSVERBOT AUFHEBEN
10488	Wir treten für vergleichbare bundesweite Standards zwischen den Bundesländern ein. Das gilt vor
10489	allem für die Bildungsabschlüsse. Aber auch Inhalte von Lehrplänen und die Lehrerausbildung
10490	müssen an die bereits bestehenden Bildungsstandards angepasst werden.
10491	Darüber hinaus müssen Bund, Länder und Kommunen auch in der Finanzplanung für Bildung
10492	zusammenarbeiten können. Damit der Bund seinen Teil der Verantwortung künftig wieder
10493	wahrnehmen kann, spricht sich die CDU Schleswig-Holstein dafür aus, die Zuständigkeiten im

Bildungsföderalismus neu zu regeln. Dazu muss insbesondere das verfassungsrechtliche Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern aufgehoben werden. Der Bund ist aufgrund des Kooperationsverbots in vielen Bereichen gehindert, das bei ihm vorhandene Geld zum Wohle der Hochschulen und Schulen in den Ländern einzusetzen. Deshalb müssen bestehende verfassungsrechtliche Hindernisse bei einer finanziellen Förderung dieses Ziels durch den Bund schnellstmöglich beseitigt werden.

7.1.20 ERWACHSENEN- UND WEITERBILDUNG FÜR LEBENLANGES LERNEN

Lebenslanges Lernen und nachhaltige Wissensvermittlung besitzen für die CDU einen hohen Stellenwert. In Schleswig-Holstein finden wir ein vielschichtiges Angebot im Bereich der Erwachsenenund Weiterbildung vor. Im Zusammenwirken mit den Kommunen werden wir für die Menschen in Schleswig-Holstein auch zukünftig eine ortsnahe und flächendeckende Infrastruktur an Weiterbildungseinrichtungen vorhalten.

Hierbei geht es uns insbesondere um folgende Bereiche:

- Dem bereits vorhandenen Fachkräftemangel wollen wir begegnen, indem wir u.a. die Teilhabe an beruflicher und betrieblicher Weiterbildung erhöhen. Dies gilt insbesondere für Frauen sowie für über fünfzigjährige Arbeitnehmer. Gut aus- und weitergebildete Arbeitnehmer sind der Grundstock für ein gesundes Unternehmen und ein wichtiger Faktor für die Innovationskraft unseres Landes.
- Eine Schlüsselstellung im Bereich der Erwachsenen- und Weiterbildung kommt den Volkshochschulen sowie deren Landesverband zu. Die Volkshochschulen leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration von Migrantinnen und Migranten. Mit der Durchführung von Alphabetisierungskursen und nachgeholten Schulabschlüssen erhalten Menschen bessere Chancen zum Einstieg in den Arbeitsmarkt. Die Umsetzung dieses öffentlichen Auftrags wird von uns unterstützt. Der Landesverband der Volkshochschulen als Steuerungseinrichtung ist Initiator für das zukunftsweisende Projekt "VHS 2020", welches wir ausdrücklich begrüßen und auch weiterhin begleiten werden.
- Die Bildungsstätten in unserem Lande halten nicht nur ein breitgefächertes Bildungsangebot vor, sie erbringen auch eine beachtliche volkswirtschaftliche Leistung. Wir werden die Bildungsstätten in ihrer individuellen Zielsetzung stärken. Den Schwerpunkt werden wir hierbei auf die kulturelle Bildung, die politische Bildung und die Jugendbildung setzen. Damit möchten wir insbesondere junge Menschen für kulturelle und politische Themen begeistern und zur Einmischung in aktuelle Bereiche motivieren. Darüber hinaus wird un-

ser Land aufgrund des kulturellen Angebotes von einem gesunden Bildungs- und Kultur-10528 tourismus auch wirtschaftlich profitieren.